

Richtige Frankenpolitik statt längere Arbeitszeiten und Eurolöhne:

Der Franken hält still, wenn die Nationalbank es will

Seit Wochen hält sich der Franken im Vergleich zum Euro bei 1.20. Dieser Erfolg gibt den Gewerkschaften recht. Wann kommt der nächste Schritt?

Vor drei Wochen legte die Nationalbank den Mindestkurs zum Euro auf Fr. 1.20 fest. Man werde dieses Ziel mit allen Mitteln halten. Seither ist der Euro nie mehr unter Fr. 1.20 gefallen. Im Gegenteil: Allein das Gerücht, die Nationalbank wolle das Wechselkursziel auf Fr. 1.25 erhöhen, liess den Euro kurzfristig auf über Fr. 1.23 steigen. Das zeigt: Ist der politische Wille vorhanden, kann man sehr wohl erfolgreich den Franken schwächen, trotz globalisierten Finanzmärkten.

Lügen strafen.

Der Erfolg der Nationalbank gibt den Gewerkschaften recht, die schon lange eine Intervention verlangt hatten. Und straft all jene Lügen, die sich mit Händen und Füssen gegen einen Eingriff in die Geldpolitik gewehrt hatten:

- Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) behauptete Ende Mai, gegen den starken Franken könne man halt nichts machen: Die Möglichkeiten, etwas dagegen zu tun, sind sehr beschränkt.
- Energieministerin Doris Leuthard (CVP) meinte in ihrer 1.-August-Rede: „Wir müssen uns auf eine längere, ungemütliche Situation mit abgeschwächtem Wachstum einrichten.“
- Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler predigte sogar noch im August, als der Euro kaum mehr als einen Franken wert war: „Politische Eingriffe in die Geld- und Währungspolitik sind falsch.“

Das war reine Ideologie. Und hat die Wirtschaft und die Arbeitnehmenden gefährdet. Das Credo: Die Nationalbank darf und kann nicht eingreifen. Dafür brauche es Einschnitte bei den Arbeitnehmenden. Das forderte allen voran die SVP: Toni Brunner verlangte im Juli längere Arbeitszeiten zum Nulltarif.

Bundesrat deckt Patrons.

Die Firmen sprangen auf und versuchten, die Euro-Verluste einseitig auf die Arbeitnehmenden abzuwälzen: Gratis länger arbeiten liessen zum Beispiel Dätwyler in Altdorf UR, Trasfor in Molinazzo di Monteggio TI, Lonza in Visp VS. Und viele mehr. Bei der Mopac in Wasen BE wurden die Löhne an den sinkenden Euro gebunden. Andere Patrons verkündeten, die Löhne künftig in Euro zahlen zu wollen. Und der Bundesrat deckt diese Praxis, statt Eurolöhne zu verbieten. Lieber die Löhne in Euro zahlen als Stellen abbauen, sagte Schneider-Ammann diese Woche im Nationalrat.

Der Rat debattierte über eine Motion von SP-Nationalrat und Unia-Geschäftsleitungsmitglied Corrado Pardini. Er forderte ein Verbot von Eurolöhnen. Doch: 121 Nationalrätinnen und Nationalräte, darunter die Grünen Bastien Girod (ZH) und Alec von Graffenried (BE), sagten Nein. Da sieht Pardini nur eine Konsequenz: „Man sollte National- und Bundesrat auch in Büro zahlen.“

Sein Ärger ist verständlich. Monateläng schoss SVP-Vizepräsident Christoph Blocher gegen Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand. Lobte den starken Franken. Hätte von Anfang an Vernunft statt Ideologie regiert, hätte man den Höhenflug des Frankens wohl rechtzeitig stoppen können. Jetzt müsste der nächste Schritt folgen: die Anhebung des Wechselkursziels auf Fr. 1.40.

Work-Fragen:

Sollen Bundesrat und Parlament auch in Büro bezahlt werden? Schreiben oder mailen Sie um Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an Work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15. redaktlon@workzeitung.ch.

Matthias Preisser.

Work. Freitag, 2011-09-23.

Work > Nationalbank. 20-09-23.doc.